

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Straßband 2.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessante folgen die schlagspalt. Kompensations- oder deren Raum 1,20 M., Wertungsgeld des festgedruckten Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Exzerptgebühr 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinstellungen sind die Zuschläge fort. Interests für den demnachfolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9765.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Entente gegen Deutschland.

## Vor der Katastrophe.

Berlin, 29. September.

General Rubant hat dem Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf folgende Note überreicht:

Paris, den 27. September 1919.

Nach dem Wortlaut des Artikels 12 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat Deutschland folgende Verpflichtung übernommen: Sämtliche deutsche Truppen, die augenblicklich auf Gebieten stehen, die vor dem Kriege zu Oesterreich-Ungarn, Rumänien oder der Türkei gehörten, müssen unverzüglich hinter die Grenze Deutschlands vom 1. 8. 1914 zurückgezogen werden.

Sämtliche Truppen, die sich gegenwärtig auf Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Russland gehörten, müssen gleichfalls hinter die oben beschriebene Grenze Deutschlands zurückgenommen werden, und zwar, sobald die Alliierten es verlangen.

Marshall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, hat unter dem 27. August wissen lassen, daß für Deutschland der Zeitpunkt zur Räumung der genannten Gebiete gekommen sei. Er hat die Deutsche Regierung durch seine Note vom 3. 9. zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten angehalten. Die Deutsche Regierung versucht, sich obiger Verpflichtung zu entziehen durch einen Bericht, der Gründe anführt, die die alliierten Mächte nicht als stichhaltig anerkennen können. Die alliierten Regierungen lehnen es insbesondere ab, zuzulassen, daß die deutsche Regierung sich über ihr zufallendes Verantwortung dader durch entzieht, daß sie vorgibt, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Sie eruchen demgemäß die Deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung sämtlicher deutschen Truppen, Städte und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Anmarsch zu nehmen; desgleichen hat die deutsche Regierung unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen, die in der genannten baltischen Provinz gebildet sind, angenommen haben, hinter die obige beschriebene Grenze zurückzuführen. Sie hat sich ferner jeder Ermächtigung zum Eintritt in solche Dienste zu enthalten und die Annahme solcher Dienste auf das strengste zu verbieten. Die Räumung muß unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgesetzt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinerlei der von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht ziehen werden. Sie haben infolgedessen Anweisungen gegeben, keinem dieser Anträge stattzugeben. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt, oder die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen oder deren Angehörigen zu erlangen sucht, ablehnen.

Wenn die Deutsche Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, werden die alliierten Mächte alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen, um die Ausführung der genannten Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages sicherzustellen.

Die obenstehende Note kommt keineswegs überraschend. Sie ist in der ausländischen Presse schon seit Wochen angekündigt worden, und die gestrige Meldung des „Temps“ deutete schon ungefähr den Inhalt der Note an. Der jetzt vorliegende Wortlaut zeigt jedoch mit erschreckender Klarheit, welche ungeheure Gefahren die unselbige Balkenpolitik der Regierung für das ganze Reich heraufbeschworen hat. Von Monat zu Monat hat die Entente, den schwierigen Verhältnissen im Baltikum Rechnung tragend, die Durchführung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen hinausgeschoben. Jetzt jedoch kündigt sie bei Nichtdurchführung dieser Verpflichtungen die schärfsten Druckmittel gegen Deutschland an, nämlich die Einstellung

der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen und die Ablehnung aller finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt oder zu erlangen sucht. Sollten auch diese Pressionsmittel nichts nützen, so kündigt die Entente noch weitere schärfere Maßnahmen an.

Dieses katastrophale Ergebnis ihrer Ostpolitik hat die Regierung sich selbst zuzuschreiben. Sie hat durch ihre sofortige Duldung des Verfalls der Waffen, durch ihre Förderung der Politik des Großen Bolsch., durch ihre Duldung gegenüber der Abenteuerpolitik der Militärs, durch ihr Anbuheln mit den Häuptern der russischen Gegenrevolution in der ganzen Welt den Eindruck erweckt, daß sie im Baltikum ein Doppelspiel treibt, hinter dem sich weitgehende konterrevolutionäre Pläne verbergen. Lange genug hat sich die Öffentlichkeit über den wahren Charakter dieser Vorgänge täuschen lassen. Jetzt ist keine Täuschung mehr möglich. Die Entente stellt klar und klar die Forderung der sofortigen Räumung des Baltikums. Sie verlangt ferner die Zurückberufung aller in russische Dienste übergetretenen deutschen Militärs. Damit schließt sie endgültig allen weiteren Täuschungsversuchen einen Riegel vor.

Das eklatante Doppelspiel der deutschen Truppen im Baltikum, die sich nach Bedarf bald lettlandisch, bald russisch maskierten, nimmt damit ein Ende. Von der Regierung werden jetzt entscheidende Maßnahmen verlangt. Sie muß den Beweis erbringen, daß sie es mit der Durchführung ihrer Verpflichtungen ehrlich meint. Dazu genügen keine leeren Deklamationen und Versprechungen, sondern Taten. Erweist sich die Regierung unfähig, ihre Versprechungen durchzuführen, so ist sie als Regierung erledigt. Das ist der springende Punkt der ganzen Angelegenheit. Niemand im Inlande und im Auslande wird eine Regierung ernst nehmen, die sich außerstande erweist, die renitenten Militärs im Baltikum zum Gehorsam zu zwingen. Die Regierung wird wohl versuchen, durch weitere Vorschläge, Untersuchungskommissionen usw. die Entscheidung hinauszuzögern. Diese Kniffe werden ihr wenig nutzen. Die Situation ist so ungesund, daß sofortige entscheidende Maßnahmen erforderlich sind. Sollten sie nicht erfolgen, so trifft die ganze Schwere der Verantwortung die Regierung, die sich auch jetzt zum Kampf gegen die militärischen Abenteuerer nicht aufzuraffen vermag.

Die nächsten Tage werden vielleicht Ereignisse heraufbeschwören, die die Erfüllung des so schwer errungenen Friedens in Frage stellen und eine wirtschaftliche Katastrophe in unmittelbarer Nähe rücken. Um so notwendiger ist es, daß das Proletariat den Vorgängen die größte Aufmerksamkeit schenkt. Gegenüber allen Täuschungs- und Verschwehungsversuchen der Regierung gilt es die unvermeidliche Forderung an sie zu richten, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, daß das deutsche Volk vor der drohenden Katastrophe bewahrt werde.

## Die Umbildung des Kabinetts.

Seite fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die Beratung des Kabinetts mit den Führern der Mehrheitsparteien über die Umbildung der Regierung statt. Sowohl die politischen, als auch die Personalfragen wurden eingehend erörtert. Die Verhandlungen werden morgen weiter geführt werden. Morgen werden auch die Fraktionen, denen die letzte Entscheidung zufällt und die bis heute sich noch nicht verkommen konnten, zu der Frage Stellung nehmen.

## Die Kommunalwahlen in Oberschlesien.

Gleiwitz, 29. September.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Bezirk Oberschlesien) nahm heute hier Stellung zu den ausgeschriebenene Kommunalwahlen und beschloß einstimmig, daß von den Rechtssozialisten angebotene Kompromiß der Listenverbindung abzulehnen im Hinblick auf die Vorgänge in Braunschweig und auf den Umstand, daß die rechtssozialistische Partei sich mit der Politik der Sozialisten identifiziert. Im übrigen wurde beschlossen, in den Wahlkampf auch nur dann einzutreten, wenn der Belagerungszustand in Oberschlesien aufgehoben wird. Andernfalls soll kritische Wahlenthaltung proklamiert werden.

## Die Nationalversammlung in Berlin.

Nach einer Pause von mehreren Wochen nimmt heute im gründlich entleerten Reichstagsgebäude die Nationalversammlung ihre Beratungen wieder auf. Daß die breiten Massen des arbeitenden Volkes diesen Beratungen mit hohen Erwartungen entgegensehen, kann nicht behauptet werden. Im Gegenteil: Diese Massen haben die Nationalversammlung längst gründlich satt.

Als das auf Grund des freiesten Wahlrechtes der Welt gewählte Parlament nach Weimar zu seinen ersten Beratungen berufen wurde, war der Grund dafür — wie uns der Präsident, Herr Fehrenbach, inzwischen verraten hat — es den „Gefahren der Großstadt“ zu entziehen und ihn in abgeschlossener Stille die Möglichkeit zu fruchtbarer Arbeit zu schaffen. An politischer Stille war Weimar freilich kaum zu übertreffen, zumal keine Abschließung von der gefährlichen Außenwelt durch Kosmetruppen mit einer Sorgfalt durchgeführt wurde, gegen die Brühbärens Abschließung durch Feuergluten als göttliche Stimperei erwießen.

Worum bestand die Aufgabe der Nationalversammlung und wie hat sie sie in der Bescheidenheit ihrer Weimarer Tage gelöst?

Sie sollte die Ratifizierung des Friedensvertrages vermitteln und eine neue Verfassung schaffen. Unter welchen Umständen es dank der Zusammenfassung der Nationalversammlung und der von ihr sanktionierten Koalitionsregierung in letzter Minute zur Unterzeichnung des Friedensvertrages kam, ist noch in aller Erinnerung. Einzig die Furcht vor der Revolution ließ es dazu kommen. Als berufene Sachwalterin des deutschen Volkswillens hat die Nationalversammlung sich dabei nicht im mindesten benommen. Und gerade jetzt, da das Parlament wieder zusammentritt, ist alles so notwendig durch den Friedensvertrag Erreichte infolge der Kurzschichtigkeit und gegenrevolutionären Gesinnung der Mehrheit der Nationalversammlung auf höchste in Frage gestellt. Umsonst waren die immer wiederholten Warnungen unserer Genossen vor den Folgen des v. d. Goltzischen Militärrégiments im Baltikum. Keine, der Diebstahl aller Reaktionen, leugnete die angeführten Gefahren, das genügte, wie den bürgerlichen Parteien, so den Rechtssozialisten, um sie nicht erkennen zu wollen. Jetzt, wo sie längst nicht mehr zu leugnen sind, ist man kaum noch in der Lage, sie zu bannen und was unter Angst und Schrecken durch Unterzeichnung des Friedensvertrages zustande kam, ist in Frage gestellt. Die Regierung und die Mehrheit der Nationalversammlung tragen in gleichem Maße daran die Schuld.

Und die neue Verfassung? Nun, sie ist da, mit ihr, die von Anfang bis zum Ende voll kapitalistischen Selbstes, aber auch die Verfestigung der gewaltigen Enttäuschung, die die Verfassungsdebatten den Volksmassen schon bereitet hatten. Der scharfsinnigste und bösartigste Kommunismus hätte den revolutionärsfeindlichen Charakter der Nationalversammlung nicht schonungslos bloßlegen können, als dies die Nationalversammlung auf solche Art selbst besorgt hat.

Bedarf danach die große Unzufriedenheit im Volke mit den „Taten“ der Nationalversammlung noch einer weiteren Erklärung? Und ist es demgegenüber nicht geradezu — eine Frechheit, dem Volke einreden zu wollen: „Die zu einer Zeit in Deutschland und nie im Leben irgendeines anderen Staates ist ein gleiches Maß politischer Tätigkeit unter solchen Verhältnissen so erfolgreich ausgeübt worden, wie in Deutschland seit Beginn der Revolution, wie man es in einer im Verlag der „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung“ erschienenen Broschüre lesen kann?

„Erfolgreiche“ politische Tätigkeit! Ach ja, die Nationalversammlung hat noch mehr getan, als wir schon erwähnten. Sie hat vor allem in der Sozialisierungsfrage, der brennendsten Frage außer den Ernährten, allen Hoffnungen den Boden entzogen, sie hat den Arbeitermassen eine fruchtbarere Last indirekter Steuern aufgebürdet, ohne dem Volk ein gleiches zu tun; sie hat in der Ernährungsfrage — kurz, sie hat in allem enttäuscht, das sie zu leisten hatte und darüber hinaus zu leisten sich verweigert hat.

Es ist eine dreiste Fälschung, wenn in der vorgenannten Broschüre, die den Entwürfen anwenden Titel: „Nichts

geant? nicht behauptet wird: Der Bolschewikismus — wie Freigedankensbewegung — wurde sofort (nach dem 8. November) beiläufig. Die Verhandlungen des Vereins- und Verbandsverbandes wurden zertrümmert, die Konzepte befreit. In Wirklichkeit besteht dieses alles nicht nur fort, die Nationalversammlung hat auch wiederholt — einschließlich der Schlichtungsstelle — ihr Siegel darunter gesetzt. Richtig hat dieses „Revolutionärsparlament“ der „Allendeten Demokratie“ sein Dasein vernichtet und wenn es trotzdem heute aus neue seine Verhandlungen beginnt, als wolle es ewig leben, so muß das — besonders angesichts der Schwierigkeiten, die der nahe Winter bringen wird — als eine ungeheure Provokation der mit Recht unzufriedenen Volksmassen wirken.

Was soll denn die Fortsetzung des alten Müllergeschlappes bringen. Neue indirekte Steuern, deren Notwendigkeit Erzberger den Reichssozialisten so überzeugend zu demonstrieren verstanden hat, doch sie schlaunigt ihren Widerstand gegen die schandbare Umwälzung aufgegeben haben. Und neue Entlassungen — nein, das nicht. Es erwartet niemand außer den Reaktionären und Kapitalisten in Deutschland von dieser Nationalversammlung mehr etwas, das ihm ersprießlich scheinen könnte. Die Arbeiter wissen nur zu gut, was sie — sagen wir — vom Betriebsrätegesetz und ähnlichen Produkten einer erfolgreichen bolschewistischen Nationalversammlung zu erwarten haben. Betriebsräte nennt Herr Schäde, was früher Arbeiterausschüsse genannt wurde, weil die Arbeiter voll Unwillen wegen der letzteren sind. Mit Worten sucht man ihnen vorzutäuschen, daß man ihren revolutionären Räteforderungen entgegenkomme. In Wahrheit steht diese Art Gesetzgebung im Zeichen der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbeamten.

Da gibt es nur eine Forderung, die wir gerade heute mit allem Nachdruck wiederholen: Fort mit der Nationalversammlung! Die Vollmacht der Nationalversammlung sind längst abgelaufen, ihre Zusammenkunft entspricht nicht im mindesten mehr den veränderten Auffassungen derer, die sie am 19. Januar gewählt haben. Sie hat keine Existenzberechtigung mehr und jeder Tag ihrer Fortsetzung ist eine Herausforderung an alle jene, die der Revolution im November wider den Willen der Scheidemann-Ebert-Winnig zum Siege verholfen.

## Euttschlösser.

### Ansiedlungspläne in Rußland.

Die „Mäzsetlung“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Kontraktentwurf zur Ueberlassung von Ländereien der russischen Sowjetregierung an den Deutschen Ansiedlungsverein Ost, der angeblich von der russischen Sowjetregierung am 7. August d. J. angenommen worden ist. Nach diesem Entwurf soll dem Deutschen Ansiedlungsverein Ost (Weizig) eine Landfläche im Gouvernement Nord-Dwinitz zur Ansiedlung seiner Mitglieder überlassen werden. Zweck der Ansiedlung ist Schaffung einer Produktionswirtschaft in großem Maßstabe auf kollektiver Grundlage, Schaffung der landwirtschaftlichen Technik und Schaffung der den örtlichen Bedingungen entsprechenden Viehwirtschaft, Milchwirtschaft, Viehzucht, Gartenbau, Bienenzucht usw. Die den Deutschen Kolonisten angewiesene Landfläche soll bis zum 1. August 1922 rein, bis zum 1. August 1923 befreit werden. Nach erfolgter Ansiedlung der Kolonisten und nach Einrichtung eines Wirtschafts- und Organisationsplanes stellt die russische Sowjetregierung eine Unterabteilung von 50 Millionen Rubel für allgemeine nützliche und Aufklärungszwecke zur Verfügung. Die Ansiedlung selbst muß also von den Kolonisten selbst durchgeführt werden, und der gewählte Ansiedlungsverein Ost verpflichtet sich hierbei, den überlebenden Kowliken und Deutschen das unentbehrliche tote landwirtschaftliche Inventar zu beschaffen, besonders landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, deren Einfuhr ebenfalls wie die der Züchterei zulässig ist.

Der Schwerpunkt des Vertrages liegt demnach in den vom Ansiedlungsverein Ost übernommenen Verpflichtungen. Wir kennen diesen Verein nicht, und auch die russische Regierung scheint dieser Begründung mit einiger Zurückhaltung gegenüberzustehen, da es im Vertragentwurf ausdrücklich heißt, daß nach Abschluß des Vertrages von der russischen Regierung eine Kommission nach Deutschland entsandt werden soll, um über den Charakter dieser Organisation, die finanzielle Lage, den Mitgliederbestand des Ansiedlungsvereins wie über alle Bedingungen der geplanten Ueberführung genaue Informationen einzuholen. Außerdem sollen die Kolonisten vorher Vertrauensmänner nach Rußland entsenden, die das Ansiedlungsgebiet und die örtlichen Bedingungen kennen lernen sollen.

Es ist durchaus anzuerkennen, daß die vertragsähnlichen Teile mit der gebotenen Vorsicht an die Verwirklichung des Ansiedlungsplanes heranzutreten sind, denn eine solche Ansiedlung großen Stiles kann nur Erfolg haben, wenn sie sorgfältig vorbereitet ist und die nötigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für sie geschaffen sind. Es kleint aber trotzdem, daß der ganze Plan in einigen Arbeiterkreisen nicht in seiner ganzen Komplexität und Tragweite erkannt worden ist, und daß recht phantastische Erwartungen an den geschilderten Ansiedlungsplan geknüpft werden. Wir erachten es deshalb als notwendig, dem Vertragentwurf einige erläuternde Bemerkungen hinzuzufügen.

Vor allem ist zu berücksichtigen, daß für den Ansiedlungsplan zunächst nur Personen in Betracht kommen, die die Landwirtschaft kennen und über die nötigen und materiellen Voraussetzungen zur Gründung landwirtschaftlicher Kolonien verfügen. Da es sich hier um Kolonien auf langjährigem Boden im hohen Norden Rußlands handelt, ist diese Aufgabe mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden, zumal fast das gesamte Inventar aus Deutschland nach Rußland eingeführt werden muß. Der Ansiedlungsverein Ost übernimmt zwar die Beschaffung des toten landwirtschaftlichen Inventars, insbesondere der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, wie er das aber bewerkstelligen will, ist bei dem jetzigen Mangel an deutschen Maschinen und Geräten nicht recht klar, ganz abgesehen davon, daß für diesen Zweck ungeheure Summen erforderlich sind, über deren Beschaffung sich der Ansiedlungsverein erst äußern müßte.

Siehezu kommt noch, daß, wie bereits erwähnt, die geplanten Ansiedlung ein Unternehmen ist, das erst in Jahren verwirklicht werden kann. Augenblicklich ist noch zu be-

rücksichtigen, daß es eine Verbindung zwischen Deutschland und Rußland nicht gibt, und daß auch die erwähnten Vorarbeiten erst in Angriff genommen werden können, wenn eine Verbindung zwischen Rußland und Deutschland hergestellt ist. Das alles läßt uns den ganzen Plan, mag er theoretisch noch so attraktiv angelegt sein, als in recht weitem Ferne liegend erscheinen. Vor allem kann die deutsche Industrie- und Arbeiterbewegung gar nicht daran denken, irgendwelche Erwartungen an diesen Ansiedlungsplan zu knüpfen, da Industriearbeiter für derartige landwirtschaftliche Siedlungen nur in den seltensten Fällen in Betracht kommen, selbst wenn ihnen — was noch recht zweifelhaft erscheint — die weitestgehende materielle Unterstützung zuteil werden sollte.

## Umbildung des bayerischen Kabinetts.

Der Landesvorstand der Reichssozialisten Bayerns hatte für den 27. und 28. September nach Nürnberg eine Landeskongress einberufen, in der folgende Entschlüsse angenommen wurden:

Die in Nürnberg am 27. und 28. September tagende Landeskongress der sozialdemokratischen Partei Bayerns hat eingehend die vollständigen Schlußbeschlüsse der sozialdemokratischen Regierungskonferenz und die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Gesamtregierung befragt. Die Landeskongress sprach den sozialdemokratischen Delegierten im Ministerium ihr volles Vertrauen aus. Sie empfand es als eine besondere Schmach für die sozialdemokratische Partei in Bayern, daß die Regierung, genannt Hoffmann, eine sozialdemokratische Regierung sein soll, während es klar ist, daß die Zusammenfassung von Regierung und Parlament eine rein sozialdemokratische Politik ausübt. Deshalb fordert die Landeskongress eine gründliche Umbildung des Ministeriums. Sie ermächtigt die Genossen Hoffmann, Segel und Endres, ihre Mandate in der Regierung niederzulegen, wenn die von der Landeskongress für notwendig erachtete Umbildung der Regierung nicht durchgeführt werden kann.

Die „Münchener Post“ schreibt dazu: Die unmittelbar eben mitgeteilte Entschlüsse unserer Partei ist eine Regierungspolitik. Sie heißt nichts anderes, als daß der am 1. Oktober zusammengetretene bayerische Landtag seine erste Aufgabe darin sehen muß, eine Neubildung des Kabinetts einzuleiten.

Diese Neubildung des Kabinetts wird sich nach rechts vollziehen. Die Reichssozialisten sind die Bräutigame der Bourgeoisie in Bayern. Sie werden dabei den bürgerlichen Parteien, besonders dem Deutschstum, den größeren Raum in der Regierung einräumen.

## Für „JH“ ist alles da.

Waggonwagen, Koffern, Arbeitskraft: mit solchen und ähnlichen Schlagworten sucht die Regierung, die immer härter wachsende Unterbindung des Verkehrs, die sich immer verschärfende Verkehrsmisere zu rechtfertigen. Seltsam nur, daß alle diese Dinge nicht zu existieren scheinen, wenn die besagten deutschen Parteien ihre Wünsche stellen. Vor mehreren Wochen konnte man hören, wie die Eisenbahnverwaltung sich beifte, sowohl dem ehemaligen König von Sachsen als auch der Exporteigenschaft eigene Salonwagen zu Reisen zur Verfügung zu stellen. Jetzt berichten die Londoner „Times“ einen noch viel ungeschickteren Fall: Die der russische Korrespondent des „Blattes“ mitteilt, sind dort Wert- und Kaufgegenstände Wilhelm Hohenkollerns im Werte von 10 Millionen in belandischen Wägen — nach deutscher Wägen also beinahe 100 Millionen Mark — angekommen, welche aus Deutschland in einem Expresszug transportiert worden waren.

Während im Lande also Waggons fehlen, um der Bevölkerung die notwendigen Lebensmittel und Sachen zuzuführen, erbeutet sich die Eisenbahnverwaltung dem ausgehendem Export einen ganzen Zug zur Ausfuhr seiner Millionenwerte zur Verfügung zu stellen. Und nicht genug, daß man beim Anbruch der Revolution, die Herren des alten Regimes davonlaufen ließ, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen, so schilt man jetzt ihnen noch ihre aus dem Schwelge des Reiches erlassenen Schätze nach.

## Bewaffnete Kinder.

Der von uns in der Montag-Morgenausgabe gemeldete Vorgang, wonach Deutsch-nationale Kinder, mit Handgranaten und Gewehren bewaffnet, zu einer Zusammenkunft nach der Harmonie gegen und dort die Straßensperren, ohne dabei behilflich zu werden, wird von der gesamten Presse fast geschwiegen. Nur die „Berliner Volkszeitung“ nimmt dazu Stellung und teilt mit, daß sie dieserhalb beim Volkeipräsidium angefragt habe, aber keine Auskunft erlangen konnte. Bei der Verhaftung wurde sie sogar sehr unhöflich abgewiesen. Das gibt dem demokratischen Organ Secantfassung, folgendes zu schreiben?

„Wir wollen den Herrn Volkeipräsidien von Berlin nur fragen, ob er nach dem Verschwinden des Haken aus Berlin auch die Schilde aus den Haken seines Reiches verbrennt hat. Dies nebenbei. Was sagt aber der Herr Volkeipräsidien zu den Handgranaten, Gewehren und Wägen der deutsch-nationalen Jugend. Seit wann ist die Einwohnervorteil das Recht, Waffen zu besitzen, ein Recht, das, so weit wir wissen, nur dem Volkeipräsidien zusteht? Wir hoffen, daß der Herr Volkeipräsidien den Fall bald aufklärt. Nach der preussische Minister des Innern und der Kulturminister hätten sich für diese Angelegenheit im besonderen und die deutsch-nationale Jugend im allgemeinen interessieren.“

Die „Volkszeitung“ wird mit diesem Vorwurf kaum einen Erfolg erzielen. Denn ob die Bewaffnung der Kinder zu recht oder unrecht erfolgt ist, das spielt bei den maßgebenden Zuständen keine Rolle. Die Parteiführer einschließen, und die ist in diesem Falle militärisch-nationalistisch gewesen. Also wird sich auch irgendein Rechtfertigungsgrund für diesen Ruf nach bewaffneter Kinder finden lassen. Für die sozialistische Jugend hingegen, die waffenlos demonstrieren will, gibt es keine Wehnen.

## Erklärung.

Genosse Scharf-Rollberge sendet uns folgende Erklärung als Antwort auf die Angriffe, die in der letzten Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte gegen ihn und die anderen Mitglieder der Kommission geäußert wurden:

Ich erkläre hiermit nochmals, daß wir niemals daran gedacht haben, uns an der Debatte gegen die Bergarbeiter zu beteiligen. Wir haben bei Betreten des Besprechungsraumes sofort

erkannt, daß es sich hier nur um eine Resolution der Bureau-Truppe handelte, daß ganz Deutschland unter der Koffelnor leidet. Wichtig ist es, daß wir uns nicht mit den Rechtssozialisten auf einen Weg einigen konnten, und daß die Debatte gegen die Bergarbeiter erst nach unserer Abfahrt durch die Rechtssozialisten, welche zurückgeblieben waren, erfolgte.

## Der große Streik in England.

H.N. Haag, 29. September.

Der Korrespondent des „Nieuwe Courant“ meldet aus London, daß die Führer des Eisenbahnerstreiks offenbar nicht selbst den Konflikt gewollt haben, sondern ihn nur unter dem Druck der Extremisten verurteilten. Der Korrespondent ist der Ansicht, daß der entscheidende Augenblick jetzt gekommen ist, da es sehr wahrscheinlich ist, daß auch die Transport- und Gasarbeiter, sowie die Bergarbeiter gleichfalls in den Streik treten werden, und daß dadurch das ganze wirtschaftliche Leben im Lande lahmgelegt sein würde. Ein solcher Generalstreik, so sagt der Korrespondent, bedeutet eine Herausforderung der Staatsmacht. Der richtige Kampf steht jetzt bevor. London ist ohne Untergrundbahnverbindung und ohne Zugverbindung nach den Provinzen. Am heutigen Montag wird der Streik im vollen Umfang einsetzen. Bei den seitigen zahlreichen Versammlungen im Olympia kam es zu keinerlei Zusammenstößen oder Unruhen.

Paris, 29. September. (Quod.)

Der Verkehr zwischen Frankreich und England ist desorganisiert. Nach der „Daily Mail“ mußten 200 Reisende, die über Dieppe nach England reisen wollten, in Dieppe zurückbleiben, weil der Dampferverkehr zwischen Dieppe und Newhaven unterbrochen ist.

H.N. Haag, 29. September.

Aus London wird gemeldet: Der Eisenbahnkontrollrat hat angeordnet, alle Eisenbahnstationen nach dem Auslande einzuklassen, um alle Eisenbahnen für England zu erhalten. — Im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik wird die Post von England nach Holland mit Flugzug befördert. Es ist beabsichtigt, eine Verbindung dieses Dienstes herbeizuführen und eine Personenbeförderung auf dem Flugwege zu errichten.

Was es mit dem „Druck der Extremisten“ auf sich hat, wissen wir aus täglicher Erfahrung. Der Streik scheint sich mehr und mehr zu einer wütigen Bewegung des englischen Proletariats auszuwachsen und es ist selbstverständlich, daß eine solche Bewegung nur aus der gesamten bolschewistischen Lage des Landes und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse erwachsen kann.

## Gegenmaßnahmen der Regierung.

Die englischen Blätter berichten, daß die englische Regierung große Vorbereitungen getroffen habe, um die Lebensmittellieferung sicherzustellen. Es besteht die Absicht, den Hyde-Park abzusperren und dort einen Automobilstreik und die Hauptlieferungsstelle für Lebensmittel in London herzurichten. 25.000 Chauffeure haben sich freiwillig gemeldet. Marshall Paig hatte am Sonnabend eine lange Unterredung mit dem Transportminister Sir Eric Geddes.

## Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks in Lothringen.

Fast alle Gruben des Eisenerzlandes sind in den Ausstand getreten, sowohl im Ardennen als auf dem Hochplateau von Lothringen-Luxemburg. Man erwartet den Sympathiestreik der Metallarbeiter. Es dürften jetzt etwa 50.000 Streikende in Lothringen sein.

## Militär gegen Streikende in Amerika.

Haag, 29. September.

Aus New York wird gemeldet: Aus Chicago wird berichtet, daß die 4. amerikanische Division in Stärke von 25.000 Mann nach Port Sheridan in der Nähe von Chicago abgegangen ist. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit den durch den Stahlarbeiterstreik hervorgerufenen Unruhen.

## Ungeklärte Bewegung in Oesterreich.

Zwischen dem Unruhe der Industrieangestellten Oesterreichs und dem Hauptverband der österreichischen Industrie ist ein Konflikt ausgebrochen. Für den Fall, daß bis zum 4. Oktober Verhandlungen nicht ausgenommen seien, werde vom Hauptverband der Arbeiter aus aller Industrie angestellten verurteilt werden.

## Die italienische Kammer für Knektion Rumes.

In der italienischen Kammer brachte der Abgeordnete Chiesa folgende Tagesordnung ein: Die Kammer ist überzeugt, daß die allverbreiteten und offizierten Mächte die harten Lebensnotwendigkeiten Italiens bezweifeln und den frei ausgesprochenen Wunsch Rumes günstig auffassen werden, mit Hinterland, Eisenbahn und Hafen mit Italien vereinigt zu werden. — Chiesa schloß die für Rume aus der Welgerung Wilson, das von Clemenceau und Wood George angenommene Uebereinkommen anzunehmen, erlaubende Lage. Rume wird, so sagte er, italienisch werden oder seine Lebewerber werden von den Trümmern der Stadt begraben werden. Der Abgeordnete von Rume, Dionisio, bemerkte, Rume beharrt darauf, der italienischen Nation anzugehören. Ritti ersuchte die Kammer in Ruhe diese Frage zu besprechen, die die Volksseele aufwühle.

In Rom kam es nach der Kammeröffnung im Café Krogn zu einer heftigen Schlägerei zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die beiden Parteien schlugen unter den Rufen „Es lebe Lenin“ — „Es lebe l'Anunnzio“ aufeinander los, wobei die Tischgegenstände des Kaffeehauses als Waffen dienten. Nur mit Mühe konnte die Polizei die Ordnung wiederherstellen.

Durch die Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Nationalisten ist die ohnehin schon gereizte Stimmung auf beiden Seiten wesentlich verschärft. Man hält in Belgard die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß der italienische Staat mit einem Mandat der Entente beauftragt wird, um Rume von den Scharen l'Anunnzio zu befreien. Diese Auffassung wird durch verschiedene Umstände unterstützt.

l'Anunnzio weigert sich hartnäckig, mit der gegenwärtigen Regierung zu verhandeln. Die Wägen des Admirals Cagni, der als Vertrauensmann der Regierung bei seinem Freunde l'Anunnzio interpellierte, ist abgelehnt.

# Der Streik in der Metallindustrie.

Der Metallarbeiterverband erläßt folgenden Aufruf:

## Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!

Der Streik der Arbeiter in der Metallindustrie nimmt täglich an Umfang zu. Die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungssätze reichen bei weitem nicht aus, die überaus schwere Lebenshaltung der Streikenden und Ausgesperrten zu bestreiten. Wir haben darum beschließen, an die Obersteinstellung unserer Klassengenossen zu appellieren und werden von heute ab zur Bildung eines „Unterstützungsfonds“ für die Streikenden und Ausgesperrten der Metallindustrie à 5 und 10 Mark veranlagten. Wir ersuchen das gesamte Proletariat Groß-Berlins, sich an dieser Unterstützung zu beteiligen. Der Vertrieb der Marken soll durch die Gewerkschaften erfolgen. Wir ersuchen die Obleute aller Betriebe Groß-Berlins, diese Streikmarken in der üblichen Geschwindigkeit auf den Bureaus der Gewerkschaften anzufordern.

## Die Streiklage.

Die Streiklage hat sich weiter verschärft. Die Zahl der Betriebe, deren Beschäftigten sich am Streik beteiligen wollen, ist von 135 auf 155 gestiegen. Die Zahl der beteiligten Betriebe hat sich von 85 auf 125 erhöht. Die Zahl der Streikenden ist von 27 000 auf 31 300, die Zahl der Ausgesperrten von 68 000 auf 72 300 gestiegen. Die Zahl derjenigen Betriebe, die die Forderungen der Arbeiter unterchristlich anerkannt haben, nimmt zu. Der Verein Berliner Kronleuchterfabrikanten empfiehlt durch Rundschreiben seinen Mitgliedern, soweit sie auch noch im Verband der Berliner Metallindustrieller organisiert sind, den Austritt aus dieser Vereinigung.

Während so auf der einen Seite die Forderung der Unternehmer beginnt, verstanden andere Unternehmer mit Hilfe von plumpen Fälschertücken die Streikenden wankend zu machen. So versenden einzelne Betriebe Postkarten an ihre Arbeiter mit der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, unter der falschen Vorwande, Notstandsarbeiten seien erlaubt. Es ist selbstverständlich, daß diesen Aufforderungen nicht Folge geleistet wird.

Die „B. Z.“ am Mittwoch versucht unter Ausnutzung verschiedener Parteimeinungen in den Kreisen der Streikenden und Ausgesperrten Gegenstände zu schaffen. Wie wir erfahren, haben die Anhänger der mehrheitssozialistischen Partei in der Fünfzehnerkommission erklärt, sich gegen diese beschuldigte Vernehmung zu stellen. Die weitere Bemerkung der „B. Z.“, die Streikleitung habe Geldbörse, ist freier erfunden. Die am Streik beteiligten Gewerkschaften aller Richtungen sind durchaus in der Lage, die statutenmäßige Streikunterstützung zahlen zu können. Die eingeleitete Unterstützungsfaktion für die Streikenden bedeckt lediglich über die statutenmäßige Streikunterstützung hinaus Zuschüsse zu gewähren.

Jedem teilt der Metallarbeiterverband mit:

Es ist der folgende Beschluß gefaßt worden: Maschinen- und Kleinmonteure der beschriebenen Firmen sollen abheben auf Montagen zu fahren. Außerhalb Berlins bestmögliche Monteur haben umgehend die Adressen anzutreten und sich bei ihrer Streikleitung zu melden.

Wir ersuchen, die Versammlungsanzeigen für die Donnerstagsversammlungen in der „Freiheit“, dem „Vorwärts“ und der „Vollstreckung“ zu beachten.

## Deutscher Metallarbeiterverband.

Das Metallarteil der Groß-Berliner Gewerkschaften.  
Die Fünfzehner-Kommission.

Folgende Stempelstellen sind neu errichtet: Nr. 8b Herold, Mariendorf, Chausseest. 283; Nr. 88 Reich, Friebeberger Straße 1, am Arnholter Platz; Nr. 89 Arnholter, Charlottenburger Ufer 92; Nr. 40 Markt, Reichenhagen, W. Scharnweberstraße; Nr. 41 Schöne, Bräsecker Str. 9; Nr. 42 Ecke Rosenstraße; Nr. 43 Schöne, Bräsecker Str. 9; Nr. 44 Kroyze, Arnholter Str. 5. Stempelstelle Nr. 2 befindet sich Weissenhof, Berliner Allee 231, nicht 151.

## Die ersten Verhandlungen.

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns folgende Meldung zu: In den Verhandlungen, zu denen Oberbürgermeister Wermuth beide Parteien nach dem Rathaus geladen hatte, waren vom Metallarbeiterverband die offiziellen Vertreter, ernannt von der Fünfzehnerkommission, erschienen. Von Seiten der Arbeitnehmer jedoch nur der Syndikus der Metallindustriellen, Rechtsanwalt Oppenheimer, der mit Vollmacht zur Verhandlung über den Streik selbst nicht ausgereist war. Einen positiven Erfolg konnten darum die Verhandlungen nicht ergeben. Wie weit neue Verhandlungen in die Wege geleitet werden, hängt ab von dem Verhalten der Unternehmer. Grundsätzlich stehen die Arbeiter bereit, auf dem Standpunkt, daß sie erscheinen werden, wenn man sie zu politischen Verhandlungen einladet.

## Sympathieerklärung der Straßenbahner.

Eine Versammlung des technischen Personals der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn nahm am Sonntagabend einen Beschluß über die Verhandlungen, die mit der Direktion über die Erhöhung der Löhne des technischen Personals kolliganden hatten, entgegen. Es wurde beschlossen, den Metallarbeitern die Sympathie auszusprechen und zur gegebenen Zeit in einen Sympathiestreik einzutreten.

Folgende Auskunftsstellen sind für die Kollegen der Firma fertig errichtet: Tegeler, Linsengarten, Reinhardt, Friedrichs, Wesserschmidt, Reinholdsdorf, West, Gottschalk, Ohm, Berlin: Friesenhof, Müllerstr., Ecke Oberer Str., Wedding, Koenigsstr., S. Koenigsstr., Gertrudenstr. 60.  
Der Arbeiterrat.  
J. A.: Otto Koch.

Die Streikenden der Firma Ludwig Dörm, Güttenstraße, die dem Transportarbeiterverband angehören, bitten wir, heute, Dienstag, von 9-10 Uhr sich im Streiklokal einzufinden.  
Die Streikleitung.

## Gewerkschafts- oder Betriebsorganisation?

Mit dieser Frage beschäftigt sich am Montag eine Diskussionsübung der U. S. P. D.-Arbeiter, über die wir in der Abendausgabe ausführlich berichten werden.

# Mit dem heutigen Tage

geht das dritte Vierteljahr zu Ende!

Darum muß sofort die Neubestellung der Zeitung vorgenommen werden. Für jeden Arbeiter, für jeden, der über die politischen Vorgänge richtig unterrichtet werden will, kann nur das Blatt in Frage kommen, das die Rechte der arbeitenden Bevölkerung furios und unermülich gegen die Anmaßungen und Gewalttätigkeiten des kapitalistischen Bürgertums und seiner rechtssozialistischen Schutzhunde vertritt.

# Die „Freiheit“

ist die einzige Zeitung, die das kapitalistische Ausbeutungssystem und die wachsende militärische Reaktion konsequent bekämpft. Mit Beginn des neuen Quartals wird die „Freiheit“ eine weitere inhaltliche Neugestaltung erfahren. Ab 1. Oktober beginnt der Abdruck eines Romans von Upton Sinclair

## „JIMMI HIGGINS“

Jeder Parteigenosse, jeder Arbeiter muß unermülich für die „Freiheit“ werben.

Sie gehört in jede Arbeiterwohnung,

weil sie allein für den völkerverfreienden Sozialismus wirkt. Darum begnügt euch nicht damit, die „Freiheit“ zu lesen, sondern erachtet es auch als eure Pflicht,

neue Abonnenten zu werben!

## Der Streik der Seeleute.

In Bremen und Stettin ist die Streiklage unverändert geblieben. 26 Schiffe haben Lübeck angelaufen und ihre Mannschaften haben die Schiffe verlassen, nachdem sie durch die Streikenden von der Lade unterrichtet worden waren. Aus Gesteinsünde wird gemeldet, daß der Streik zusammengebrochen ist. In den letzten Tagen seien sechzehn Dampfer ausgelaufen, weitere sollen zur Abfahrt bereit liegen.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ teilen triumphierend mit, daß es in Lübeck gelungen ist, einen ganzen Dampfer mit Streikbrechern aus Hamburg zu bekommen. Sie melden weiter, daß die Reedereivereinigung es abgelehnt habe, mit dem Seemannsbund zu verhandeln, da er politische Forderungen erhebe. Der übliche Uninn. Dagegen verhandelt die Reedereivereinigung mit dem Transportarbeiterverband über den Abschluß eines Tarifvertrages. Und darum müsse, meinen die „P. P. N.“, der Seemannsbund und fürchten, daß ihm ein großer Teil seiner Mitglieder den Rücken kehren würde, wenn der Tarif mit dem Transportarbeiterverband zustande käme. Wogegen zunächst zu bemerken wäre, daß es eine merkwürdige Art ist, Tarifverhandlungen anzubahnen, wenn man auf den Insturz von Mitgliedern aus einer anderen Organisation warten muß, um dem Vertrag eine tragfähige Basis zu verschaffen.

Aber es ist dankbar zu begrüßen, daß mit so viel Offenheit der Kern des Streiks enthüllt wird. „Der Kampf stellt sich als ein Machtkampf zwischen dem rein politisch radikalen Ziele verfolgenden Seemannsbund und der gewerkschaftlichen Organisation des Transportarbeiterverbandes dar.“ schreiben die „P. P. N.“. Ein Machtkampf allerdings, und zwar einer, der vom Transportarbeiterverband Seite an Seite mit den Unternehmern mit dem Mittel des Streikbruchs geführt wird. Merkwürdige „gewerkschaftliche“ Methoden. Auch früher gab es Kämpfe solcher Art, und man nannte sie Grenzstreitigkeiten. Aber sie wurden niemals mit Hilfe so grober Verbrechen gegen die primitivsten Forderungen der Solidarität geführt.

Ein trübes Bild, für das die Verantwortung ganz auf den Transportarbeiterverband fällt.

## Internationaler Buchdruckerkongreß.

Am 24. September wurde im Stadionsaal in Luzern der 7. Internationale Buchdruckerkongreß eröffnet. Vertreten sind die Landesorganisationen von Deutschland, Österreich, Frankreich, Niederlande, Skandinavien, Ungarn und die Schweiz. Am Erscheinen waren verhindert die Delegierten aus Italien, Finnland und Schweden. Die ausgesendeten Vertreter aus Dänemark, Norwegen, der Tschecho-Slowakei und Serbien waren bei der Eröffnung des Kongresses noch nicht eingetroffen.

Nach Begrüßungsmorten von Klein-Stalger, Schumpf, Fern und dem internationalen Sekretär Stauffer, Stutgart verlas Neuffer, Paris, der Vorsitzende des französischen Buchdruckerverbandes, eine Erklärung der belgischen Kollegen. Darin heißt es, daß das Zentralkomitee des belgischen Buchdruckerverbandes sich formell weigert, an dem Kongreß teilzunehmen, da einwilligen heißt Kontakt unmöglich sei nach den Deportationen der belgischen Arbeiter und den sonstigen Schicksalstrafen. Die Demission in die Welt der zivilisierten Nationen besteht haben. Neuffer erklärte, wenn er auch teilweise mit den Anschuldigungen des Zentralkomitees des belgischen Verbandes einverstanden sei, bedeute doch seine Meinung doch mit der Haltung des französischen Kongresses, die darin besteht, daß die internationale Arbeiterorganisation trotz aller Gefühle des Hasses sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden müßte; hierzu brauche es aber mehr als Worte, es brauche Taten.

## Der Odenfelder Landarbeiterstreik.

Wie unser kleiner Parteiblatt meldet, hat der Streik eine weitere Ausdehnung erfahren. Der Gauleiter des Landarbeiter-Verbandes Hansen hatte es abgesehen, an den Verhandlungen, die am Freitag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattfanden, teilzunehmen. Ein neuer Beweis dafür, wie diese Leute die Interessen der Arbeiter „vertreten“.

Die Verhandlungsarbeiten werden den P. P. N. zufolge unter militärischem Schutz durchgeführt, so daß eine Gefährdung der Mitgliederorgane nicht zu besorgen ist.

## Gewerkschaftliches.

### Vergewaltigung der Berliner Steinseher.

Die Gewerkschaftsdeputierten im Steinsehergewerbe glaubten ein neues Mittel gefunden zu haben, um der Fikale Berlin einzugewöhnen. Zum Sonntag berief die Schlichtungskommission zwei Versammlungen ein, zu denen durch Handzettel nur Mitglieder eingeladen wurden, von denen man sicher war, keine Opposition zu erhalten. Der Hausvorstand Schenke teilte vor Beginn der Versammlung mit, daß diese eine private Veranstaltung sei; er wolle den anwesenden Vertreter der „Freiheit“ nicht dulden und dränge, von dem Hausrecht Gebrauch zu machen. Zum energischen Einspruch der Versammlung gelang es, zu erreichen, daß unser Vertreter im Saal verbleiben konnte.

Schenke sagte dann mit, daß die Schlichtungskommission sich durch zwei Erschlüsse ergänzt habe und die Unternehmer dem Arbeitsvertrag und Tarif zum 31. Dezember 1919 gekündigt haben. (Weiß!) Redner bedauerte diesen Verlust, da er Anhänger des Tarifs sei, hob die Vorteile derselben hervor und erging sich in stürmischen Ausfällen gegen die Mitglieder, die anderer Meinung sind. Es kam zu hitzerischen Szenen, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Auch als Schenke die Haltung der Unternehmer gegen die Regearbeit kempfachte und behauptete, daß er auch für diese eintrete, kam es zu heftigen Zwischenrufen, da bekannt ist, daß er sich bei jeder Gelegenheit gegen die Regearbeit gewandt habe. Schenke behauptet jetzt, daß die Arbeiter zu diesem Schritte noch nicht reif seien. Wenn man zu einem Tarif mit den Unternehmern kommen wolle, dürfe man die Regearbeit nicht so besonders hervorheben. (Zwischenruf: Damit du wieder 50 M. nimmst laßt!) Redner ging auf diesen Einwand ein und sagte: „Wenn ich 100 M. bekommen hätte, hätte ich das Geld auch genommen und mit den Kommissionsmitgliedern geteilt.“ (Große Empörung.)

Schenke fuhr in dieser Art zu reden drei Stunden fort, und als er geendet hatte, wurde die Versammlung ohne Debatte als geschlossen erklärt.

Zeit protestierte gegen diese Art der Leitung und widerlegte den Vorwurf, daß die Opposition sich bei dem Verlangen nach der Regearbeit im Gegenzug zum Tarif stelle. Er verlangte sofortige Ausräumung des Fikalvorstandes und Einberufung einer kommissionierten Versammlung zur Wahl der Tarifkommission.

In der Nachmittagsversammlung der Kammer ging es ebenso zu. In demagogischer Weise wurde die Opposition beschimpft und erklärt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese vorgehen zu wollen. Nach zweistündigem Vortrag solcher Unfähigkeiten schloß auch hier der Vorsitzende die Versammlung ohne Debatte.

Mit solchen Gewaltmitteln wird die Kontrolleitung auch noch den letzten Mitgliedern, die noch zu ihr halten, die Augen öffnen. Demnach ist die Berliner Gewerkschaftskommission mit der Angelegenheit beschäftigt. Es wird zu erwägen sein, wie dem Willen der Mitglieder, die in übergroßer Mehrheit hinter dem neu gewählten Fikalvorstand stehen, Geltung zu verschaffen ist.

### Kampf im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe.

Nachdem die Angestellten im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe monatelang auf die von ihnen geforderte tarifliche Regelung ihrer unzulässigen Verhältnisse warten mußten, hellen sie den Arbeitgebern eine letzte Frist bis zum 28. 9. für den Eintritt in Verhandlungen mit den freigeberischen Organisationen. Darauf erklärten sich die Arbeitgeber zwar zu Verhandlungen bereit, aber nur, falls auch ihre Schuttruppen, die sogenannten Gewerkschaften, und die Vereinigung der leitenden Angestellten zu den Verhandlungen gezogen würden. Gemäß den Beschlüssen der öffentlichen Versammlung der Angestellten und der Versammlung sämtlicher Ausschüsse, Obleute und Vertrauensleute, erklärte die Tarifkommission der freien Gewerkschaften in der Sitzung mit den Arbeitgebern am 20. 9., daß sie es ablehnen müßte, gemeinsam mit den Geblen zu verhandeln. Die Arbeitgeber lehnten bedingungslos ein Verhandeln auf dieser Grundlage ab, trotzdem die freien Gewerkschaften es ihnen überlassen hatten, eigene Verhandlungen mit den Geblen zu führen. Die Arbeitgeber, die genau wissen, welche wertvolle Hilfe sie an den Geblen haben, erklärten somit, den Kampf gegen die freien Gewerkschaften aufnehmen zu wollen, so daß die Angestellten zum äußersten Mittel greifen müssen, falls nicht in letzter Stunde die Arbeitgeber zur Einsicht kommen. Zur Veranschaulichung versammelten sich sämtliche Angestellte der Groß-Berliner Zeitungsbetriebe am Dienstag, den 22. 9., abends 7 1/2 Uhr, im Saal der Schulküchekammer, Rosenstraße 22/21 (früher Unionbrauerei). Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungs-gewerbes, Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Die Fenster- und Messingputzer haben in ihrer letzten Versammlung einen neuen Tarif aufgestellt. Der Lohn soll für gelernte Putzer 125 M., für Lehrlinge 100 M. pro Woche und für Putzmeister 25 M. täglich betragen. Nacharbeit ist mit 100 Prozent und Heberstunden sind mit 25 Proz., Stagenarbeit mit 10 Proz. Aufschlag zu vergüten. Sonntags- und Nachtarbeit soll nicht stattfinden. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche.

Die Arbeiter der Firma Opel in Rüsselsheim a. M. sind unter Ablehnung des Schlichters in den Ausstand getreten.

Am 1. Oktober erscheint

## Taschenkalender 1920 der U. S. P. D.

Reicher Inhalt / Nicht mit Inseraten belastet  
Handliches Format / Gut gebunden und ausgestattet  
128 Seiten Preis 2.— Mark

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

o. G. m. b. H.

Abt. Buchhandel, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

# Kaffeegeschirre

Porzellan, für 2 Personen  
Gold-Irisdekor **11.75** **18.50**  
für 6 Personen, 9 tlg., reich dek. **19.75**

# JANDORF

Belle-Alliance-Straße Gr. Frankfurter Straße Brunnen Straße Kottbuser Damm Wilmersdorfer Straße

# Wassereimer

Emalle

8.50 9.50

## Porzellan

- Abendbrotteller ..... 98 Pf.
- Kompotteller ..... 75 Pf.
- Suppenschüsseln mit Deckel .... 8.25 12.50
- Salatschüsseln viereckig ..... 2.75 3.85
- Gemüseschüsseln gross ..... 4.95
- Bratenplatten ..... 1.90 2.75
- Teekannen grosse Form ..... 5.50
- Kaffeetassen mit Untertassen ..... 1.25
- Milchtöpfe ..... Satz 6 Stück 8.75
- Eierbecher ..... 18 Pf.
- Kaffeekannen mit Rosendekor ..... 2.90 5.90
- Kaffeetassen mit Untertassen, Rosendekor 1.75
- Kaffeetassen dünn m. Untertasse, Golddekor 1.75 1.95
- Salatschüsseln mit reich. Fruchtdekor 1.95 2.95
- Salz- od. Mehlresten m. Holzrückwand u. Golddekor 7.50

## Steingut

- Kaffeetassen mit Untertassen ..... 68 Pf.
- Kaffeetassen mit Untertassen und Rand . 98 Pf.
- Obertassen große Form, weiß oder bunt 95 Pf.
- Kartoffelschüsseln mit Deckel ..... 3.95
- Salatschüsseln viereckig, Festonform . 1.45 1.95
- Wasserkannen weiß oder bunt . . . . 6.95 9.75

## Glas

- Salatschüsseln Diamantmuster . . . 95 Pf. 1.45
- Glasteller Diamantmuster ..... 95 Pf.
- Wassergläser Diamantmuster ..... 65 Pf.
- Butterdosen m. Deckel, schwer. Pressmuster 2.95
- Käseglocken viereckig, schwer. P. essmuster 3.95
- Wasserflaschen mit Glas, Diamantmuster 3.25

## Emaille

- Suppentöpfe ..... 7.95 9.75 11.50
- Fleischtopfe ..... 4.95 6.75 8.50
- Fleischtopfe nach ..... 3.95 4.75 5.95
- Schmortöpfe ..... 5.75 6.75 8.50
- Schmortöpfe ca. 32 cm ..... 15.95
- Schmortöpfe mit Ring ..... 6.75 7.95 9.75
- Kasserollen mit 2 Griffen . . . . 3.25 3.95 6.75
- Kasserollen mit Ring ..... 5.50 6.95 8.50
- Speiseformen ..... 2.75 3.45 3.95
- Müllschaufeln ..... 3.50 4.50
- Seifenhalter für die Wasserleitung . . . . 1.35
- Küchenschüsseln weiss . . . . 2.75 3.95 6.50
- Teigschüsseln ..... 10.50 13.75 17.50
- Wannen oval ..... 17.50 21.50

## Wandkaffeemühlen 27.50 29.50

- Rosshaarhandfeger ..... 6.75 10.50 11.75
- Rosshaarbesen ..... 14.50 16.50 19.50
- Schrubber ..... 3.45 3.95 4.50
- Scheuerbürsten ..... 95 Pf. 1.95
- Ausklopfer ..... 2.95
- Klosettbürsten ..... 2.75 3.75
- Brotbüchsen ..... 7.75 12.50 15.75
- Briefkasten ..... 2.25 4.25 5.50
- Müllschaufeln lackiert . . . . . 2.95

## Wirtschafts - Artikel

- Garnituren für Sand, Soda, Seife . . . . 5.95 6.50
- Vorratsdosen ..... 95 Pf. 2.50 2.95
- Reibbeisen ..... 1.95 2.95
- Stahlspäne ..... Paket 95 Pf.
- Springformen ..... 2.95 3.95 4.95
- Kartoffelstampfer ..... 1.85 2.45
- Kartoffelpressen ..... 4.95 7.50
- Brot Schneidemaschinen ..... 24.50
- Wirtschaftswagen ..... 18.50 22.50

## 2 Gasplätten m. Erhitzer 33.00 36.00

- Zinkwaschwannen ..... 44.50 55.00 65.00
- Waschbretter ..... 5.75 6.75
- Waschstände ..... 5.50 7.50
- Waschtische ..... 37.50
- Küchenstühle ..... 11.75
- Leitern ..... 13.50 15.75 18.00
- Putz- oder Wichskasten ..... 2.95
- Handtuchhalter ..... 6.50 7.50 9.50
- Isolierflaschen ..... 1/2 Liter Inhalt 5.25

JANDORF JANDORF

### Theater und Vergnügungen.

**Volkstheater** Theater am Bismarckplatz.  
7 Uhr: Gas.  
**Opernhaus** 7 Uhr: Fiddio.  
**Schauspielhaus** 7 Uhr: Caroloan.  
**Deutsches Theater** Direktion: Max Reinhardt.  
7 Uhr: Clavino.  
**Kammerspiele** 7 Uhr: Die Räuber der Pandora.  
**Königsgründer Straße** 7 Uhr: Erdgeist.  
Mittwoch: Kameraden  
Donnerstag: Kabale und Liebe  
**Komödienhaus** an der Marschallbrücke.  
8 Uhr: Laßt euch von der Pfalz  
**Berliner Theater** 8 Uhr: Die Dame im Frack  
Donnerstag: Neueste Studien  
Bummelstudenten.  
Hilde Wörner, Helma Kiefer, Emil Birron, Julius Brandt, Berthold Reissig, Paul Rehkopf, Hermann Picha, Hellmuth Balke, Otto Schiller.  
**Lessing-Theater** Direktion: Viktor Barnowsky.  
7 Uhr: Christa die Tante  
Mittwoch: Peer Gynt  
Donnerstag: Christa die Tante  
**Deutsch. Künstler-Theater** Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Das Schloß am Wannsee.  
**Residenz-Theater.** Untergrund. Klosterstraße.  
Täglich 8 Uhr:  
Das höhere Leben.  
Nachm. 4 Uhr kleine Preise.  
Mittwoch: Rotkäppchen.  
Sonabend: Händel u. Grotel.  
**Casino-Theater** Lehnhagen Str. 27. Tägl. 7 1/2 Uhr:  
Großstadt-Pflanzen  
Vollstück in 3 Akten.  
Vorher: „Schwarzwaldbühne“  
Operettenakt mit Viktor Litzke  
von der Kamischen Oper.  
Samstags: Spezialitäten.  
Sonntag 11 Uhr: Mädchenohr.

**Trianon-Theater.**  
M. Friedrichstraße, Nr. 49/50.  
Täglich 8 Uhr:  
**Der gute Ruf.**  
Nachm. 4 Uhr kleine Preise  
Mittwoch: Schneewittchen  
Sonabend: Aschenbrödel.  
**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Kleine Sklavin.  
**Walhalla-Theater**  
Weißbergweg.  
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.  
**Wintergarten**  
täglich 7 1/2 Uhr  
**Varietévorstellung**  
Ranchen gestattet.  
Theater am Kottbuser Tor.  
Tel.: Moritzpl. 1484.  
7 1/2 Uhr u. Sonntag  
nachm. 3 Uhr  
**Elite-Sänger**  
Siedel, Knoll, Herrl,  
Schubert, G. Lehner etc.  
Neues Programm  
Großer Liederfolg  
Sonntag nachm.  
ermäßigte Preise.  
1 Klod frei.  
Bühnen-Konzert, Beginn 7 Uhr

**Theater am Moritzplatz**  
**Gepeltscht**  
Drama in 5 Akten  
mit  
**Ria Jende**  
**Friedrich Kühne**  
Regie: Karl Boege.  
Außerdem das Lustspiel:  
**Ein Schwerenöter**  
mit  
**Trude Hosterberg**  
**Leo Gonnard**  
**Gurt Vespermann**  
8.10, 8.30  
**Photographische Apparate**  
kauft zu höchsten Preisen  
**C. A. Böttner,**  
Kasselerstraße 6, Unter-  
grundbahnhof Kaiserhof.

**Berliner Theater**  
Die Erkaufführung von  
**Bummelstudenten**  
ist auf Donnerstag, den 2. Oktober, verlegt worden.  
Demzufolge morgen, Mittwoch, 7 1/2 Uhr  
noch eine einmalige Aufführung  
**Die Dame im Frack**  
im Berliner Theater  
28. September, 2. Oktober, täglich  
**Bummelstudenten**  
**Residenz - Lichtspiele**  
Bismarckstraße 10, neben Residenz-Theater  
Bis Donnerstag  
**Eine junge Dame von Welt**  
nach dem Roman von Fedor v. Zobelitz  
Fern Andra

**Schaubühne Moritzplatz**  
früher Suggenhausen u. Dir.: Schwarzer Kater  
Persönliches Auftreten von  
**Ernst Lubitsch**  
und  
**Ossi Oswald.**  
Ferner hat  
**Riesen-Varieté-Programm.**  
Bier-Restaurant.  
Sämtliche Plätze zum  
Einheitspreis von 2 Mark.  
Kassa 9 Uhr.  
28. 1. Oktober:  
Eomm. und Feiertage 2 Vorstellungen  
8 Uhr nachm. 10.30 und 8 Uhr abend.  
Nachm. Vorstellung in 11.30 Uhr.  
Vorverkauf: Sonntag zwischen 12-2 Uhr  
an der Kasse.

**Brunnen-Lichtspiele**  
Brunnen-Strasse 155  
Ab Dienstag: 3 grosse neueste Sensations-Schlager!  
I. **Das Haus ohne Tür**  
4 Akte. Der neueste Detektiv-Schlager  
voller verblüffender Überraschungen.  
II. **Die Dame mit den Smaragden**  
4 Akte. Das neueste große Sensations-Drama  
mit der beliebtesten hübschen Lya Mara.  
III. **Jilona Schuld**  
4 Akte. Das spannendste Monumental-Schauspiel.  
Ergreifende Szenen.  
**FILM-PALAST**  
**KAMMERSÄLE**  
das eleganteste Lichtspielhaus.  
Belle-Alliance-Strasse 5  
1 Minute vom Halleschen Tor  
Uraufführung  
**Verschleppt**  
Sensationelles Kriminaldrama  
in den Hauptrollen:  
Hans Mierendorff, Grete Weizler  
**Was den Männern gefällt**  
— Lustspiel in 4 Akten —  
Wochentags 8 Uhr = Sonntags 4 Uhr  
Eigene Lichtanlage

**Der Lichtspielpalast**  
**Schweizer-Garten**  
Am Friedrich-hain 19 31  
ist das führende  
**Kino**  
In der Königstadt.  
Täglich 8 1/2 Uhr, Sonntags ab 2 Uhr  
**„Blondes Gift“**  
6 Akte  
mit Hedda Vernon  
und das Erfrischung-Programm.  
12 1/2 Uhr in einem Saal  
**Kabarett-**  
Darstellungen I. Künstler.  
Eintritt frei.  
**Fortuna-Lichtspiele**  
Müllerstrasse 12e  
Nur bis Donnerstag  
**Lepain**  
II. Teil  
Der Kampf mit dem  
Meister-Detektiv  
John Hawkes  
Ferner  
**Hängezöpfchen**  
Reizendes Lustspiel  
Ausserdem  
Tee oder Schokolade  
6.22 und 8.30  
**Genossen, beachtet die Inserenten.**

**Zähne naturgetreu wie echte.**  
Friedenskanzlei, bestes Material, pro Zahn  
VON 6.— Mark an. Keine Kriegsware.  
Spezialität: Goldkronen von 50.— M. an.  
Teillieferung gestattet. Garantie 5 Jahre.  
Schönste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse.  
Zahnziehen unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen selbst.  
**Max Fabian, Dentist**  
Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom  
Alexanderplatz.

**Meine großen Möbel-Läger**  
mit Spiegelkammern, Herrenkammern, Schlaf-  
kammern, Vorders und Gobelin-Garnituren, Glüh-  
körpers, Tintenfass, Schränke, Verticos, kompletten  
Näheeinrichtungen etc. haben zur gefälligen  
Anschaffung in der Brunnenstr. 7, 6 u. 18-19  
nahe Rosenhaller Weg, bei  
**Möbel-Lechner** Baumringstr. 7.  
Geöffnet von 8-6.

**Vereinigung der Rechtsfreunde**  
Berlin N 24, Friedrichstraße 127. nahe Karlsruher  
die Rechtsanwaltschaft d. grossen Publikums  
Prozessabteilung — Sprechzeit 9-8 Uhr.  
Bisher gegen 120 000 Ratsuchende.

**Zähne** 3 M. Teils, wöchentlich 1 M. Plomben 1.50. Gold-  
an schmerzlos. Umarb. schlechte Gebisse. 9-12  
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Str. 88, Hochb. Sprechz. 9-12

**Spezialarzt** für Geschlechts- Haut- Frauen-  
Krankheiten, spez. vorant. hoch-  
nützige Marula-Ges. Ausser-  
Künstl. Höhensohle, Blasen-  
ruch. Eigenes Karbad für elektr., med. Bäder. Damen separat.  
**Dr. med. Lommer,** Brunnen-  
strasse 155.  
Sprechzeit 9-1 u. 4-8. Sonnt. 9-12. (Nahe Rosenhaller Platz)  
Goldkronen 18 M., Brücken, Zahnersatz ohne Gummiplatte.  
Unbeschränkt haltbar und farbecht.  
Zahnziehen mit Einwirkung fast vollkommen schmerzlos.  
**Zahnarzt Wolf,** Potsdamer Straße 88.  
Sprechz. 9-7. Tel.: Karl. 9064

**Platina Gramm 46 M.**  
Zähne mit Platinstifte 2,60—38 M.  
**Alte Gebisse bis 750 M.**  
**Gold, Silber**  
kauft  
**Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II**  
(Ecke Anklamer Straße und Brunnenstraße)



